

Zürich soll tiefer in die Tasche greifen

Der Gemeinderat will seine Mitglieder höher entschädigen. Die Pläne der Limmatstadt lassen sogar Genf alt aussehen.

Viviane Vogel

Vereine suchen händierend nach Nachwuchs, Organisationen finden nicht die nötigen Freiwilligen und Gemeinden haben Mühe, ihre Ämter zu besetzen. Der Stadt Zürich laufen die Gemeinderäte gar davon: In der vergangenen Legislatur hat es 47 vorzeitige Rücktritte aus dem Parlament gegeben.

Für diese Probleme hat der Zürcher Gemeinderat eine einfache Lösung: Es muss mehr Geld her! Der immer anspruchsvoller werdenden Arbeit im Parlament und der schwierigen Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Milizamt will er mit einer höheren Entschädigung entgegenwirken – der ersten «Lohn-erhöhung» seit 1998.

Fast überall darf es etwas mehr sein

Bisher erhält ein Gemeinderat eine Grundentschädigung von 260 Franken pro Monat. Neu soll es 1000 Franken geben, dafür keine separaten Spesen mehr. Als Sitzungsgeld erhielten Mitglieder bisher 130 Franken für zweieinhalb Stunden und einen Aufschlag von 30 Franken pro weitere halbe Stunde. Das sollen sie neu mit 1.20 Franken pro Minute abrechnen. Für zweieinhalb Stunden macht das ein Sitzungsgeld von 180 Franken.

Neu sollen Mitglieder zudem eine Entschädigung für benötigte Assistenz erhalten, wenn sie gesundheitliche Beeinträchtigungen haben. Auch eine berufliche Vorsorge soll hinzukommen. Sollte das Zürcher Stimmvolk am 9. Februar Ja sagen, wird ein durchschnittlich engagiertes Mitglied statt bisher 16'000 neu 28'000 Franken im Jahr erhal-

ten. So rechnet es zumindest das Ja-Komitee – bestehend aus SP, Grünen, GLP, Mitte/EVP, und Alternative Liste Zürich – vor.

Die Bürgerlichen stemmen sich dagegen. Die FDP traut der Zahl nicht, rechnet mit einer Verdoppelung der Entschädigungen, in den 28'000 Franken fehlten einige Leistungen. Die Abrechnung nach Minuten nennt die FDP «unsinnig», die «massive Erhöhung» sei nicht vereinbar mit dem Milizsystem. Für sie wäre eine Erhöhung um 20 Prozent vertretbar gewesen.

Die SVP wird noch deutlicher und nennt die Entschädigungen einen «schamlosen Griff in die Stadtkasse». Zudem unterstellen sie Mitte-links, dass sie «kalte Füsse bekommen» und das Anliegen nur zur Abstimmung gebracht hätten, weil die SVP ein Volksreferendum angedroht hatte. SP bis Mitte/EVP schreiben hingegen, dass

für sie klar sei, «dass der Gemeinderat nicht abschliessend über höhere Entschädigungen für sich selbst entscheiden soll». Deshalb wollten die Parteien den Vorschlag von sich aus vors Volk bringen.

Entschädigungen von 0 bis knapp 30'000 Franken

Bereichern sich die Zürcher Parlamentarierinnen und Parlamentarier über alle Massen, wie FDP und SVP monieren? Ein Vergleich von Schweizer Parlamenten ist sowohl auf der Gemeinde- als auch auf der Kantonebene kompliziert, da jeder eigene Regeln hat. So kennen gar nicht alle Gemeinden eine Grundentschädigung.

Vergleicht man die durchschnittlichen Jahresentschädigungen in den grössten Schweizer Städten, lässt sich zumindest sagen: Der Zürcher Gemeinderat ist schon jetzt deutlich gross-

So viel Geld erhalten Mitglieder in Stadtparlamenten

Durchschnittliche jährliche Entschädigung in Franken		Sitzungstage pro Jahr
Zürich	bisher 16 000 28 000	46
Genf	23 500	12
Lausanne	4200	20 bis 23
Bern	7800	22
Winterthur	4450	20 bis 30
Luzern	5800	12
St. Gallen	1080 bis 4730	11
Biel	1942	15
Neuchâtel	1219	10
Freiburg	2600	16
La Chaux-de-Fonds	0 bis 750	10
Thun	2000	11
Köniz	1800	13

Quelle: Gemeinden / Grafik: mop



In der vergangenen Legislatur traten 47 Ratsmitglieder vorzeitig zurück. Mehr Geld soll einen weiteren Exodus verhindern.
Bild: Michael Buholzer/Keystone

zügiger als die anderen. Nur in Genf erhalten Ratsmitglieder mit durchschnittlich 23'500 Franken derzeit noch mehr. Das würde sich mit einer Annahme der Zürcher «Gehaltserhöhung» ändern.

Die meisten Gemeinderäte erhalten im Schnitt zwischen 1000 und 8000 Franken pro Jahr. In La Chaux-de-Fonds können sie sogar leer ausgehen: Dort erhalten die Parteien die Entschädigung und entscheiden selbst, inwiefern sie diese an die einzelnen Mitglieder weitergeben. Zürich fällt aber nicht nur mit einer grosszügigen Entschädigung auf. Es gibt auch in keiner der aufgelisteten Städte so viele Sitzungstage wie in der Limmatstadt, wobei Zürcher Sitzungen im Vergleich nicht bedeutend kürzer sind.

Von einer Krise ist nicht die Rede

Der Sitzungsaufwand in Zürich ist also deutlich höher. Ob eine höhere Entschädigung zu weniger Abgängen führt, wie es das Ja-Komitee hofft, ist allerdings umstritten.

Der Club Politique de Berne hat 2023 eine Studie in Auftrag gegeben, die das Hauptproblem woanders sieht: Eine Mehrheit der Befragten aus Wirtschaft und Politik zweifelt, dass mehr Geld zu einer höheren Beteiligung führt. Ihnen zufolge wäre vor allem wichtig, dass wieder mehr im Sinne des Gemeinwohls gedacht würde. Wirtschaft und Gemeinden müssten zusammen Anreize schaffen, um dem gesellschaftlichen Engagement wieder mehr soziales Ansehen zu verleihen.

Beim Schweizerischen Gemeindeverband sieht man das Milizsystem zwar unter Druck, spricht aber keineswegs von einer Krise. Die Hälfte aller Gemeinden zählten weniger als 1700 Einwohner, weshalb es klar sei, dass die Kandidierenden-Suche nicht immer einfach sei. Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Milizamt sei gerade für jüngere Personen und insbesondere für Frauen schwierig, wie Verbandsdirektorin Claudia Kratochvil-Hametner schreibt.

Es müssten daher attraktive Rahmenbedingungen geschaf-

fen werden. Sie gibt zu: «Die Entlohnung ist dabei einer von mehreren Punkten, an denen man ansetzen kann.» Andere Möglichkeiten seien die Nutzung digitaler Formate, familienfreundliche Sitzungszeiten oder flexible Arbeitszeitmodelle seitens der Wirtschaft.

1200 Franken unter dem Medianlohn

Die Stadtzürcher Parlamentarier setzen also beim Portemonnaie an. Und betonen, dass man auch mit der Erhöhung immer noch unter dem Zürcher Medianlohn für eine 30-Prozent-Stelle liege. Mit 1200 Franken allerdings nur knapp.

Fraglich ist, wie dieses Argument bei den zahllosen Jugend-Sportleiterinnen und -leitern ankommt. Würden die ihre sonntäglichen Einsätze in der Turnhalle, die zurückgelegten Kilometer für Jugendlager und Wettkämpfe und die stundenlange Vorbereitung mit einem Jobpensum gleichsetzen oder nur schon die Spesen verrechnen, hätte die Schweiz in der Jugendförderung ein Problem.

Nationalrat verunglimpft Bundesrätin mit Fake-Bild

Ein Tessiner Lega-Blatt stellt Finanzministerin Karin Keller-Sutter als Räuberin mit Waffe am Anschlag dar.

Lea Hartmann

«Wir lassen uns nicht ausrauben!» – Die Sparpläne des Bundesrats lassen beim Tessiner Lega-Nationalrat Lorenzo Quadri die Sicherungen durchbrennen. Quadri ist Verleger und Chefredaktor der Tessiner Wochenzeitung «Il Mattino della Domenica», Parteiblatt der Lega. In einem Kommentar in der jüngsten Ausgabe empört er sich über das Vorhaben des Bundesrats, die Steuern auf Kapitalbezüge aus der zweiten und dritten Säule zu erhöhen.

Doch es bleibt nicht bei aufgebracht Worten. Auf der Titelseite prangt gross eine Bildmontage. Darauf abgebildet: Bundespräsidentin und Finanzministerin Karin Keller-Sutter, die einem Rentner, der



Karin Keller-Sutter mit einer Pistole: Die Bildmontage ist zwar eindeutig, aber trotzdem rechtlich heikel. Bild: Screenshot

am Bancomaten gerade Geld abheben will, die Pistole in den Rücken hält.

Persönlichkeitsrechte verletzt?

Die Finanzministerin als Räuberin: Es ist eine happige Darstellung – und sie könnte juristische Folgen für den Lega-Nationalrat und Luganese Stadtrat Quadri haben.

Keller-Sutters Finanzdepartement (EFD) will nicht sagen, ob man plant, rechtlich gegen die Montage vorzugehen. «Das EFD kommentiert diese Darstellung nicht. Sie spricht für sich selber», sagt Sprecher Pascal Hollenstein. Es ist davon auszugehen, dass man zuerst abklärt, wie die Chancen auf einen juristischen Erfolg stehen, ehe man allenfalls Anzeigen einreicht.

Diese könnten intakt sein. Anwalt Martin Steiger, spezialisiert unter anderem auf Medienrecht und Recht im digitalen Raum, spricht von einem «Tabubruch». Die Montage – auch nicht eindeutig als solche erkennbar ist – könnte Keller-Sutters Persönlichkeitsrechte verletzen, schätzt er ein. Eindeutig sei die Verletzung des Rechts am eigenen Bild.

Doch Steiger gibt auch zu bedenken, dass in solchen Fällen immer eine Abwägung gemacht werden muss, ob man sich wirklich auf eine juristische Auseinandersetzung einlassen will. «Es ist eine schwierige Diskussion: Wie viel muss sich eine Bundesrätin gefallen lassen?»

Nur Keller-Sutter kann handeln

Da es sich bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen um so ge-

nannte Antragsdelikte handelt, müsste Keller-Sutter selbst eine Anzeige einreichen. Strafrechtlich hingegen wären die Hürden sehr hoch für einen erfolgreichen Strafantrag, sagt Steiger: «Die Voraussetzungen für eine Ehrverletzung oder einen Identitätsmissbrauch dürften nicht gegeben sein.»

Nationalrat Lorenzo Quadri, studierter Jurist, reizt mit seiner Zeitung nicht zum ersten Mal die Grenzen des rechtlich Zulässigen aus. 2016 beschimpfte sein Blatt die Richter des Bundesstrafgerichts übel, weil sie einen Dschihadisten aus seiner Sicht viel zu milde bestraft hatten. In einer Petition wurde Quadri daraufhin aufgefordert, sich für die Entgleisung zu entschuldigen. Das tat er nicht – gab aber zu, dass er möglicherweise «zu weit gegangen» sei.

Au revoir, Frühfranzösisch?

Schule In Zürcher Primarschulen könnte das Frühfranzösisch bald der Vergangenheit angehören. Im Kantonsrat haben Mitte, SVP und GLP einen Vorstoss eingereicht, der den Fremdsprachenunterricht auf Primarstufe abschaffen will. Dem Anliegen werden Chancen eingeräumt. Hintergrund ist eine Studie, nach der weniger als die Hälfte der Primarschülerinnen und -schüler die Lernziele im Fach Französisch erreicht.

Der Vorstoss in Zürich löst bei Befürwortern des frühen Sprachunterrichts Ängste aus – insbesondere in der Romandie. Dort verweist man darauf, dass das Lernen einer zweiten Landessprache wichtig für den nationalen Zusammenhalt sei. Das Frühfranzösisch ist schon länger unter politischem Beschuss: In Bern und Baselland wurden ähnliche, wenn auch nicht so weit gehende Vorstösse an die Regierungen überwiesen. (sf)